

10 Millionen pro Jahr ins Ausland: Teure VU-Ideen zur AHV-Reform

Reform Die langfristige Sicherung der AHV ist eine gemeinsame Herausforderung aller Generationen, betont FBP-Präsident Elfried Hasler. Die jüngsten Vorschläge der VU beurteilt er kritisch.

VON MICHAEL BENVENUTI

Mit einem Fondsvermögen von rund 2,9 Milliarden Franken und 11,2 Jahresreserven steht die AHV finanziell auf sehr gesunden Beinen - und ist damit alles andere als ein Sanierungsfall. Zumindest noch nicht. Denn die Zahl der Altersrentner steigt netto um ca. 750 pro Jahr, mit dieser Entwicklung kann der Zu-

wachs der Beitragszahlungen nicht Schritt halten. Die Schere zwischen Einnahmen und Auszahlungen klapft immer weiter auseinander. Ohne Gegensteuern würde das Fondsvermögen in den kommenden Jahrzehnten aufgezehrt. Die Folgen wären dramatisch. «Wenn die AHV stürzt, sind wir als Staat nicht mehr in der Lage, sie aufzufangen», warnte Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini bei der Vorstellung der geplanten AHV-Reform ausdrücklich davor, auf Zeit zu spielen und das wichtigste heimische Sozialwerk zum politischen Spielball zu machen. Was nun aber doch geschah: In einem Beitrag in der parteieigenen Zeitung macht VU-Präsident Jakob Büchel Stimmung gegen die Sanierungspläne der Regierung. «Streichung der

13. AHV-Rente? - Nicht mit der VU!», poltert Büchel. Dass die FBP-VU-Kollegialregierung gar keine Streichung des 13. Lohns vorsieht, ignoriert Büchel offensichtlich. Die Regierung schlägt keine Abschaffung vor, sondern eine graduelle Tilgung der 13. AHV-Rente über die Teuerung.

Unseriöse Annahmen der VU

Konkret heisst das, dass die Jahresrente in ihrer Höhe eingefroren wird, was dazu führt, dass gerade die ältere Rentnergeneration von der vorgeschlagenen Anpassung kaum tangiert wird. «Die Hauptbetroffenen dieser Massnahme sind eindeutig die heute Erwerbstätigen und nicht wie unterstellt die heutigen Rentner», hält FBP-Präsident Elfried Hasler in seinem heutigen Standpunkt fest.

Nur schwer nachvollziehbar sind für Elfried Hasler auch Büchels Ideen, um die geforderte Beibehaltung der 13. AHV-Rente kompensieren zu können. Auf eine mögliche Anpassung der Mehrwertsteuer in der Schweiz zu setzen, nennt Hasler «unseriös». Eine von Jakob Büchel angedachte massive Erhöhung des Staatsbeitrags an die AHV stellt für den FBP-Präsidenten ebenfalls keine nachhaltige Lösung dar - nicht nur wegen des noch immer angespannten Staatshaushalts. Denn von möglichen Zusatzausgaben bis zu 30 Millionen Franken pro Jahr würde ein beträchtlicher Teil ins Ausland fliessen. Schon heute geht ein Drittel der AHV-Renten über die Grenzen, ein wesentlicher Anteil an Pensionisten in der Schweiz.

Seite 5